



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Nicht nur ein Präsident, ihre ganze Wirtschaftsordnung ist verrückt und gefährlich

„Unser Land wird völlig anders sein. Es wird fantastisch für die Arbeiter und für alle anderen sein“. Mit diesen Worten hatte US-Präsident Trump brutale Erhöhungen der Zölle angekündigt.

Tatsächlich haben die Arbeitenden in den USA zuallererst einen fantastischen Anstieg der Preise bekommen. Außerdem niedrigere Renten, da ihre Renten von den Börsenkursen abhängen. Und die sind seitdem stark gefallen.

Als die Kurse immer weiter fielen und auch US-Konzerne Druck machten, hat Trump am Mittwoch ebenso plötzlich viele Zölle erstmal wieder ausgesetzt. Auf die Waren des wichtigsten Handelspartners China hingegen hat er die Zölle sogar... auf 145% erhöht. Und keiner weiß, wie es weitergeht.

Überall ist zu hören, „Trump führt uns in ein Zeitalter des wirtschaftlichen Irrsinns“.

Wenn es nur um Trump ginge, wäre alles einfacher. Schließlich wird er nicht für immer im Weißen Haus regieren.

Doch das Problem geht viel tiefer. Seine Ursachen liegen im kapitalistischen System selber, das in einer Sackgasse steckt und dessen unlösbare Widersprüche zu immer heftigeren Krisen führen.

Die Kapitalisten der USA mögen die reichsten der Welt sein und Reichtümer in nie dagewesenem Ausmaß angehäuft haben. Aber sie stoßen an die Grenzen. Um weiter maximale Profite zu erzielen, müssen sie die Milliarden nämlich investieren und ihr Geschäft ausweiten. Und das bedeutet, sie müssen immer neue Leute finden, die ihre Produkte kaufen – und immer neue Rohstoff- und Energie-Quellen.

Doch die Welt ist endlich. Deshalb müssen alle Kapitalisten ständig versuchen, ihren Konkurrenten Absatzmärkte und Rohstoffquellen wegzunehmen. Und sie können sich darauf verlassen, dass ihre jeweiligen Staaten sie dabei nach Kräften unterstützen.

Wenn Trump zum Beispiel davon

spricht, Kanada oder Grönland zu annectieren, ist das keine leere Drohung. Es geht um handfeste Interessen für die US-Konzerne: um Öl und Gas, Seltene Erden und Handelswege in der Arktis.

Und je gesättigter die Absatzmärkte sind, je mehr sich die Kapitalisten hier gegenseitig auf die Füße treten, desto aggressiver wird ihr Konkurrenzkampf, desto mehr sind sie und ihre Regierungen zu allem bereit.

Trump verkörpert diese aggressive Politik des Großkapitals. Und jetzt hat er die Keule herausgeholt: Er erpresst zig Länder mit Mega-Zöllen, um sie zu zwingen, den US-Konzernen Absatzmärkte und Rohstoffe abzugeben.

Nun werden Land für Land Verhandlungen folgen. Doch was immer dabei herauskommt: In jedem Fall wird die heutige Krise zu einer Verschärfung des Handelskriegs, zu einem noch aggressiveren Konkurrenzkampf führen. Und sie werden alles tun, um dessen Folgen auf uns Arbeitende abzuwälzen.

Dieser Konkurrenzkampf ist nicht unserer! Es ist ein Kampf um Profite. Und wenn wir Arbeitenden nicht darin zermalmt werden wollen, ist der erste wichtige Schritt uns zu verteidigen – gegen die Angriffe, die die Kapitalisten und die Regierung um eigenen Land im Namen ihres Konkurrenzkampfes gegen uns führen.

Trump erzählt, dass die USA „von allen Ländern ausgeplündert“ würden und nur seine Zölle die US-Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze schützen könnten. Doch in Wahrheit verteidigt er damit einzig die Interessen der US-Konzerne. Die Arbeitenden in den USA hingegen bezahlen sie teuer.

Bei uns ist es nicht anders. Sie erzählen uns, dass die USA und China die deutsche Wirtschaft mit ihrem „unfairen Konkurrenzkampf ruinieren“ würden. Und dass man sie nun mit allen Mitteln „konkurrenzfähig“ machen müsse.

Sie reden über Zölle. Und mehr noch darüber, Steuern für Unternehmen zu senken und alles zu tun, damit sie in Deutschland billiger produzieren können. Sie behaupten, dies sei nötig, um die Zukunft der deutschen Industrie und die Arbeitsplätze zu sichern.

In Wahrheit schützen diese Maßnahmen ebenfalls nur die Profite, während sie uns schaden. Das haben wir doch in den letzten Jahren bereits erlebt: Die Konzerne haben ihre „Konkurrenzfähigkeit verbessert“ durch massiven Stellenabbau, Lohnkürzungen und Werkschließungen. Und dank gigantischer staatlicher Subventionen, die nun bei Krankenhäusern, Kitas usw. wieder eingespart werden.

Mit dem Ergebnis, dass die DAX-Konzerne mitten in der jetzigen Krise einen Rekord von über 54 Milliarden Euro Gewinn an ihre Aktionäre ausschütten konnten.

Ihr immer aggressiverer Konkurrenzkampf hält außerdem noch eine Gefahr ganz anderer Dimension für uns bereit. Denn irgendwann werden die Waffen des Handelskrieges nicht mehr ausreichen – und sie werden ihre Absatzmärkte und Rohstoffe, ihre Profite... mit Krieg verteidigen.

Darauf bereiten sich alle Staaten bereits vor: Mit massiver Aufrüstung. Und auch, indem sie uns heute überzeugen wollen, dass sie in ihrem Handelskrieg auch unsere Interessen verteidigen – um uns morgen mit denselben Lügen in ihren Krieg zu ziehen.

Bei all ihrer Feindschaft sind die Kapitalisten sich allerdings in einem einig: darin, uns Arbeitende auf der ganzen Welt auszubeuten und dadurch immer reicher zu werden. Das aber bedeutet auch, dass sie weltweit auf uns Arbeitende angewiesen sind – und wir Arbeitenden gemeinsame Interessen haben. Mit dieser internationalen Stärke ist es uns möglich, ihnen die Leitung der Gesellschaft zu entreißen und sie daran zu hindern, uns in den Abgrund zu treiben!

Türkei: „Nicht die Wahlen bringen die Freiheit, sondern die Straße“... und die Betriebe

Am Dienstag, den 8. April, sind in Istanbul erneut tausende Studentinnen und Studenten auf die Straße gegangen – trotz der massiven Repressionen, mit denen Erdoğan's Regierung die Proteste der letzten Wochen zu ersticken versucht. Sie gehen auf die Straße gegen ein politisches System, das sie nicht mehr ertragen.

Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, war die Verhaftung des Istanbuler Oberbürgermeisters Imamoğlu von der größten Oppositionspartei CHP. Es war offensichtlich, dass Erdoğan mit dieser willkürlichen Verhaftung seinen wichtigsten Gegner bei den nächsten Präsidentschaftswahlen aus dem Weg räumen wollte – vor allem, nachdem Erdoğan bereits bei den Kommunalwahlen im März 2024 eine Niederlage erlebt hatte.

Empört über die zunehmend diktatorischen Verhältnisse und eine Justiz, die bei allen Machenschaften der Regierung mitmacht, gingen noch am gleichen Tag tausende junge Leute in Istanbul auf die Straße, in den Tagen darauf auch in zahlreichen anderen Städten.

Sie riefen unter anderem: „Nicht an den Wahlen, auf der Straße spielt die Musik“. Das war einerseits eine Botschaft an Erdoğan.

Aber es war ebenso eine Botschaft an die CHP. Diese entschloss sich nämlich erst nach einigem Zögern und unter dem Druck der Jugend, sich an die Spitze der Proteste zu stellen und auch selber Massenkundgebungen zu organisieren, an denen teilweise hunderttausende Menschen teilnahmen.

Auch die pro-kurdische DEM-Partei zögerte mehrere Tage, bevor sie die Proteste unterstützte. Denn Erdoğan versuchte gerade, die DEM-Partei auf seine Seite zu ziehen, indem er mit ihr über einen möglichen Frieden in den kurdischen Gebieten verhandelte – allerdings ohne auch nur das geringste ernsthafte Zugeständnis zu machen.

Die CHP versucht, die Proteste auf eine einzige Perspektive zu beschränken:

auf einen Wechsel der Regierung. Sie versucht den Protestierenden das Gefühl zu vermitteln, eine CHP-Regierung würde alles anders machen und alle wichtigen Probleme lösen.

Sie möchte auf keinen Fall die Menschen dazu ermuntern, sich auch in Zukunft durch Massenproteste selber in die Politik einzumischen. Sie versucht im Gegenteil der türkischen Unternehmerschaft und den internationalen Banken zu beweisen, dass sie eine vertrauenswürdige Alternative zu der bisherigen Regierung ist und für Stabilität (im Sinne der Kapitalisten) sorgen kann.



Aber die protestierende Jugend erwartet etwas anderes – und ebenso die Arbeitenden und die einfache Bevölkerung. Sie leiden seit Jahren unter der immer schlimmer werdenden Wirtschaftskrise. Sie leiden unter einer galoppierenden Inflation, die ganze Teile der Bevölkerung in tiefe Armut geschleudert hat, vor allem Arbeiter mit unsicheren Verträgen, junge Arbeitende und Rentner.

Sie sehnen sich nach einem Ende der Wirtschaftskrise und des gesamten Regimes, das einzig die Interessen einer privilegierten Minderheit schützt.

Diese Veränderungen können ihnen keine Präsidentschaftswahlen bringen (wenn diese überhaupt stattfinden). Da-

für ist es notwendig, dass die Empörung der Jugend die Arbeiterklasse in den Betrieben erfasst und diese beginnen, für ihre eigenen Interessen zu kämpfen. Nur so könnte eine Bewegung ganz anderer Schlagkraft und mit weitergehenden politischen Perspektiven entstehen.

Anscheinend hatten die Herrschenden in der Türkei anfangs durchaus Sorge, dass die Protestbewegung die Arbeiter anstecken könnte, und versuchten kein Öl ins Feuer zu gießen.

So hatte es in den letzten Monaten ein paar aufsehenerregende Streiks in der Textil- und Metallindustrie gegeben, die die Regierung verboten hatte – die aber von den Arbeitern trotzdem weitergeführt und teilweise gewonnen wurden.

In Antep war einer der Streikführer verhaftet worden, und seitdem gab es immer wieder kleinere Proteste in den dortigen Textilbetrieben. Als nun der Kampf der

Jugend gegen die Regierung losging, hat die Regierung den verhafteten Streikführer ganz plötzlich freigelassen.

Andere Arbeiter berichten, wie ihre Bosse ihnen seit der Protestbewegung plötzlich Lohnerhöhungen gewähren, die sie vorher verweigert haben.

Die Herrschenden in der Türkei wissen, welche Macht die Arbeiterklasse haben kann – und welche Gefahr sie für sie darstellen kann. Wenn sie ernsthaft zu kämpfen beginnt, haben ihre Kämpfe nicht nur das Potenzial, Erdoğan zu Fall zu bringen, sondern das ganze Ausbeutungssystem, das in der Türkei und darüber hinaus regiert.

Chemieindustrie: Ein Dankeschön an die Manager

Den Chemiekonzernen in NRW muss es richtig gut gehen, zumindest nach den Gehältern der Manager zu urteilen.

Fast alle haben 2024 deutlich mehr bekommen als im Jahr davor: der Covestro-Chef 5 Millionen Euro (+15%), der Evonik-Chef 4,9 Millionen (+20%), und der Chef von Lanxess hat mit 4,6 Millionen sogar 71% mehr Geld bekommen als im Jahr davor.

Das haben sie aber auch verdient: Dank harter Arbeit haben sie aus den Betrieben noch mehr herausgepresst, haben noch mehr Stellen vernichtet und kreative Sparpläne entwickelt... und so den Großaktionären trotz Krise am Jahresende saftige Gewinne beschert.

Und eine so „erfolgreiche“ Arbeit wird in dieser Gesellschaft natürlich belohnt.

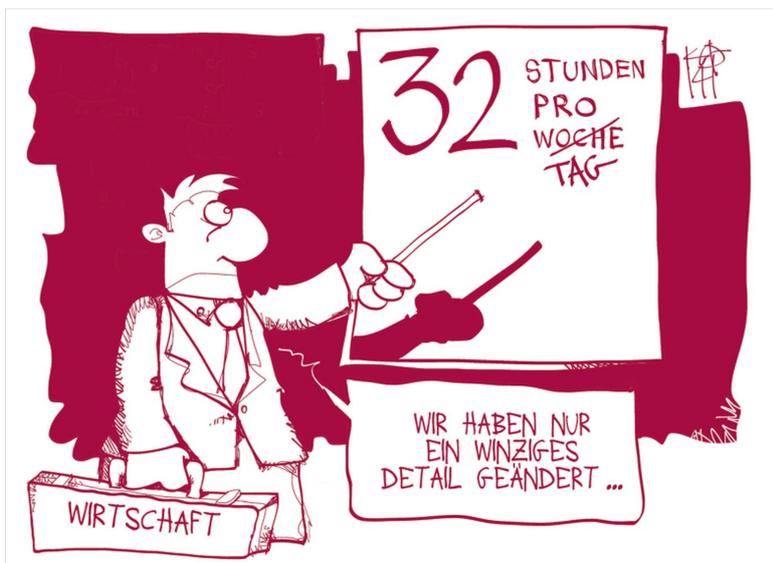
Gegen die arbeiterfeindlichen Pläne der neuen Regierung bleibt uns nur eine Wahl: selber zu kämpfen!

144 Seiten umfasst das neue Regierungsprogramm von CDU und SPD. Doch eigentlich lässt es sich in einem Satz zusammenfassen: Sie wollen die arbeiterfeindliche Politik fortsetzen und verschlimmern.

Bereits vor der Wahl hatte der Millionär Merz arrogant erklärt, wir sollten arbeiten nicht nur „als unangenehme Unterbrechung unserer Freizeit“ ansehen. Und in diesem Sinn plant der künftige CDU-Kanzler auch gleich mehrere Gesetze, um uns „freiwillig“ dazu zu bringen, noch mehr Stunden zu arbeiten – und auch in der Rente noch weiterzuarbeiten.

Im Tarifabschluss des Öffentlichen Dienstes haben die Regierungsparteien sogar bereits angefangen, dies umzusetzen. Dort können die Arbeitenden von Müllabfuhr, Nahverkehr, Krankenhäusern oder Stadtverwaltungen ihre Arbeitszeit nun „freiwillig“ auf bis zu 42 Stunden die Woche erhöhen. So freiwillig man das eben macht, wenn man beim Bewerbungsgespräch gefragt wird, wie lange man arbeiten „will“, oder wenn der befristete Vertrag verlängert werden soll oder wenn schlicht der Lohn nicht reicht.

Passend dazu sollen auch die Arbeitszeiten und die Arbeitssicherheit weniger kontrolliert werden, im Namen des



„Bürokratieabbaus“. Die Höchstgrenze von 10 Stunden Arbeit pro Tag will die Regierung sogar ganz abschaffen. Damit wird es für Unternehmer noch leichter, Arbeitende zu zwingen, zum Teil 12 oder 14 Stunden am Stück zu arbeiten. Und damit die Bosse auch genug Arbeitende finden, die dies alles mit sich machen lassen, soll Arbeitssuchenden künftig selbst das Geld für Essen und Miete gestrichen werden, wenn sie einen solchen Job ablehnen.

Im Rest der Welt sollen die Konzerne mit der Abschaffung des Lieferkettengesetzes nach Belieben Kinder ausbeuten oder ganze Gegenden verseuchen dürfen, ohne dafür auch nur theoretisch zur Rechenschaft gezogen werden zu können.

Überhaupt, das ganze Regierungsprogramm hat die Devise: Alles zu tun, da-

mit die „Wirtschaft“ (sprich die Konzernbosse) weniger kontrolliert werden, uns einfacher ausbeuten und mehr Gewinn machen können.

Um davon zu abzulenken, enthält ihr Programm gleich eine ganze Palette an Schikanen gegen Migranten. Sie behaupten, das würden für mehr „Sicherheit“ sorgen.

Doch wieso sollte es sicherer werden, wenn junge Männer hier alleine bleiben müssen, weil sie ihre Frau und ihre Kinder nicht mehr aus Syrien zu sich holen dürfen? Wenn Migranten künftig Angst haben müssen, auf der Arbeit verhaftet und dann abgeschoben zu werden? Wenn sich ein Teil unserer Arbeitskollegen und Nachbarn durch die ganze Hetze gegen Migranten immer mehr als Ausgestoßene fühlen?

Nicht die Migranten sind schuld an der wachsenden Armut und Unsicherheit in unserem Alltag. Verantwortlich dafür sind die Kapitalisten, die mit allen Mitteln dafür kämpfen, trotz der Krise ihrer verrückten Weltwirtschaft noch reicher zu werden: mit immer heftigeren Angriffen in den Betrieben und seitens der Regierung.

Umso wichtiger ist es, dass wir Arbeitenden, egal welcher Herkunft, zusammenhalten. Denn nur zusammen sind wir stark genug, uns dieser Abwärtsspirale entgegenzustellen.

Bundeswehr: Wenn das Kanonenfutter fehlt

Für hunderte Milliarden wird die Bundeswehr nun hochgerüstet. Nur hat sie gar keine Soldaten für die ganzen Panzer und Kampfflugzeuge. Deren Anzahl ist im letzten Jahr sogar weiter gesunken.

Dabei hatte die Bundeswehr sich ins Zeug gelegt, um mit Werbekampagnen in Schulen, Einkaufszentren und auf Plakaten junge Leute dafür zu begeistern, ein „Held“ zu werden. Doch offensichtlich konnten sie nicht viele junge Leute davon überzeugen, dass es eine Heldentat ist, auf Befehl der Regierung Menschen in anderen Ländern tot zu schießen... und dabei in Wahrheit die Interessen der Reichen und Konzerne zu verteidigen.

Selbst von denen, die die Bundeswehr gewinnen konnte, hat mehr als jeder Vierte innerhalb der ersten 6 Monate wieder Reißaus genommen. Nachdem die Rekruten spätestens dort erfahren haben, wie real angesichts der zunehmenden Krisen und Kriegen die Gefahr ist, ihr Leben zu verlieren.

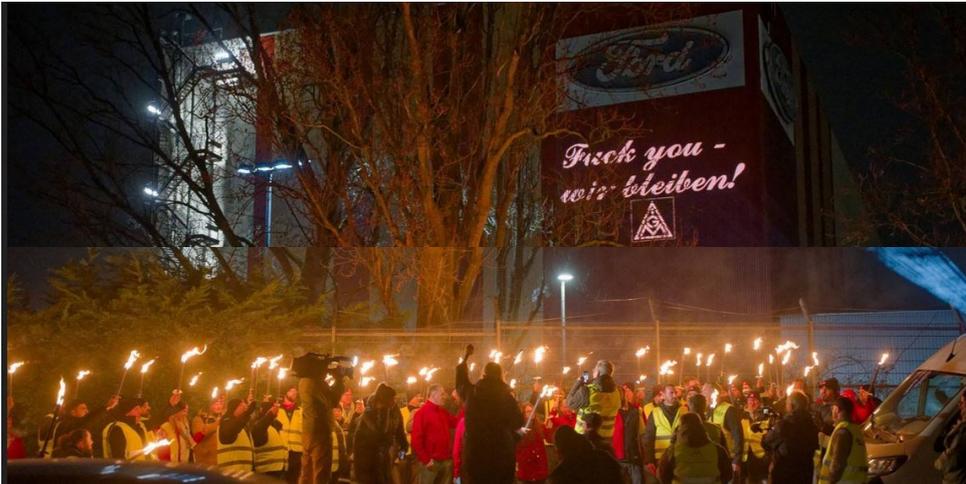
Und nachdem sie den Alltag in einer Armee kennengelernt haben: den Drill, die systematischen Schikanen der Vorgesetzten, ganz besonders wenn man nicht hundertprozentig ihrem Bild eines „harten Mannes“ entspricht, dazu rassistische Anfeindungen, Nazis auf der Stube, Übergriffe auf Frauen – und nicht zuletzt, dass sie allen Befehlen von Vorgesetzten blind gehorchen müssen, egal wie widerwärtig oder absurd diese sind.

Sie erleben hautnah ein Abbild der wahren Werte und gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Bundeswehr (auch) im Krieg verteidigt.

Ford (Köln): Widerstand gegen die Entlassungen

Mitte März hat Ford Köln angekündigt, ein Viertel aller 11.500 Arbeitenden zu entlassen – auch wenn es eigentlich eine Beschäftigungsgarantie bis 2032 gibt. Doch die Bosse von Ford drohen: Wenn die Gewerkschaft den Entlassungen nicht „freiwillig“ zustimme, könne man auch jederzeit Insolvenz für das Werk anmelden. Welch ein Hohn: Insolvenz – bei einem der reichsten Konzerne der Welt!

Seitdem brodelt es im Betrieb. Am Tag der Ankündigung standen Arbeiter mit Fackeln vor dem Werkszaun und projizierten „Fuck you - wir bleiben“ auf eine Mauer des Werks. Und seit zwei Wochen haben an die 10.000 Arbeitende mehrfach für einige Stunden die Arbeit niedergelegt.



Sie kämpfen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Und wenn sie dies nicht durchsetzen können, wollen sie mindestens 200.000 Euro Abfindung: Damit sie nicht mit leeren Händen dastehen, nachdem sie jahrzehntelang hier geschuftet und oft einen Teil ihrer Gesundheit im Werk gelassen haben.

Die Führung der IG Metall hingegen scheint die Vernichtung von fast dreitausend Stellen bereits akzeptiert zu haben. Auch sie fordert zwar eine hohe Abfindung, aber das Wichtigste für sie ist, dass Ford im Gegenzug... eine neue, langfristige „Standortgarantie“ unterschreibt. Als hätte die Konzernspitze nicht gerade erst bewiesen, dass diese Garantien das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen!

Im Gegenteil: Ein entschlossener Kampf gegen die Massenentlassungen heute ist auch die einzige und beste Vorbereitung auf die Angriffe von morgen.

Umstellung auf Rüstungsproduktion: Keine Rettung, sondern eine Gefahr

Gerade jährt sich zum 80. Mal das Ende des 2. Weltkriegs. Man sieht die Bilder und Filmausschnitte über die unfassbaren Gräueltaten und Verwüstungen dieses Krieges. Und im gleichen Atemzug hört man als „gute Nachricht“, dass das VW-Werk in Osnabrück jetzt vielleicht gerettet wird, weil der Rüstungskonzern Rheinmetall dort Panzer statt Autos bauen will – und thyssenkrupp den Stahl dazu liefern könnte.

Das Deutz-Motoren-Werk in Köln stellt bereits keine Motoren für Traktoren mehr her, sondern für Panzer. Die Meyer-Werft wurde „gerettet“, indem sie neben Kreuzfahrtschiffen nun Fregatten baut. Und das Alstom-Werk in Görlitz baut nun keine Teile mehr für Eisenbahnen, sondern für Panzer.

Überall bangen derzeit Arbeiter in der Industrie um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes, weil die Weltwirtschaft in einer tiefen Krise steckt. Und ähnlich wie in den 1930er Jahren hat ihnen die kapitalistische Klasse als einzigen Ausweg... die Produktion von Waffen anzubieten.

Wenn eine Wirtschaftsordnung nur noch „funktioniert“, indem sie Mordwerkzeuge für Kriege produziert, die uns morgen alle umbringen können, dann müssen wir nicht die Produktion in den Betrieben, sondern die Wirtschaftsordnung umstellen.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Tesla: Dr. Musk, der Arzt, dem Arbeiter nicht vertrauen

In der Tesla-Fabrik bei Berlin werden kranke Arbeitende systematisch unter Druck gesetzt und teilweise aus dem Betrieb geekelt.

Einigen Arbeitern wird einfach kein Lohn für die Zeit ihrer Krankheit gezahlt. Tesla behauptet einfach, sie wären nicht krank gewesen, auch wenn sie einen Krankenschein hatten.

Bei anderen fordert Tesla bereits gezahlte Lohnfortzahlungen wieder zurück – außer, man unterzeichnet sofort einen Aufhebungsvertrag.

Aber inzwischen regt sich Widerstand. Über 3.000 Tesla-Beschäftigte haben in einer Petition der Gewerkschaft gesündere Arbeitsbedingungen, längere Pausen, ein Ende der Unterbesetzung und ein Ende der Schikanen gefordert.

Als eine Gruppe Arbeitende die Petition übergeben wollte, hat die Werksleitung den Werksschutz gerufen, um dies zu verhindern. Offensichtlich werden auch ein Elon Musk und seine Handlanger nervös, wenn sie auf einmal Arbeitenden gegenüberstehen, die sich gemeinsam wehren.

Ein Blick in die Zukunft?

In ganz vielen Betrieben ist im letzten Jahr der Druck auf alle, die angeblich „zu viel“ krank wären, massiv gestiegen.

Auch wenn Tesla als extrem arbeiter- und gewerkschaftsfeindlich bekannt ist: Oft sind gerade diese Betriebe ein Versuchsballon. Was dort passiert, kann uns überall blühen – wenn wir dem nicht Einhalt gebieten.

Vonovia: Gewinne von Zauberhand

Im Gegensatz zu den Mietern von Vonovia können sich die Aktionäre sehr freuen. Vonovia zahlt ihnen dieses Jahr ganze 36% mehr Gewinn-Beteiligung. Und das, obwohl Vonovia offiziell gar keinen Gewinn gemacht hat, sondern... mehrere hundert Millionen Euro Verlust.

Diese Verluste hat Vonovia in den letzten zwei Jahren als Vorwand genommen, um fast keine neuen Wohnungen zu bauen (was den Wohnungsmangel noch verschlimmert hat) – und um noch weniger Geld für die Instandhaltung der Wohnungen auszugeben.

Offensichtlich hat Vonovia das Geld, das sie auf diese Weise gespart hat, direkt in den Rachen der Aktionäre geworfen.